

FRUST, WUT, KONTROLLE

Von der „freiheitlich-demokratischen“ zur „antifaschistisch-volksdemokratischen“ Grundordnung seit 1989/90

Die neunziger Jahre der extremen Linken waren gekennzeichnet von drei für sie wichtigen Erfahrungen:

1. Enttäuschung, Niedergang, der große Frust
2. Haß, Aggressionsschub, die große Wut
3. Machterwerb, Etablierung, die große Kontrolle

Diese drei Komponenten führten zu Umstrukturierungen und Veränderungen im linksgerichteten Spektrum, deren gesellschaftliche Langzeitfolgen heute noch nicht in allen Konsequenzen abgesehen werden können.

Enttäuschung, Niedergang, der große Frust

Der Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989/90 traf auch die radikale Linke in der Bundesrepublik hart. Gelder und logistische Unterstützungen, die bislang in ausreichendem Maß durch das SED-Regime der DDR nach Westen geflossen waren, um dadurch einen kommunistisch motivierten Umsturz der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung zu erreichen, blieben fortan aus und legten den Betrieb vor allem der an der SED orientierten marxistischen Gruppen lahm.

Auf dem 10. Parteitag der DKP im April 1990 wurde der langjährige Parteivorsitzende Herbert Mies abgelöst. Krisenstimmung, Streit, Zerfall und der fast völlige Verlust an politischer Handlungsfähigkeit bestimmten mittlerweile die Lage. Nach einer massiven Austrittswelle verfügte die Partei Ende 1990 nur noch über 11.000 Mitglieder, 1991 über 8.000 Mitglieder, 1993 gar nur noch über

6.000 Mitglieder. Aufgrund zunehmend fehlender Finanzmittel mußten Parteibildungseinrichtungen geschlossen, ein großer Teil der hauptamtlichen Mitarbeiter entlassen und Parteipublikationen eingestellt werden. Die Jugendorganisation

„Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend“ (SDAJ) konsolidierte sich hinsichtlich der Mitgliederzahlen auf niedrigem Niveau. Der parteinahe „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) faßte nach vergeblichen Bemühungen um Mitgliedererwerb auf einem außerordentlichen Bundeskongreß in Münster Juni

1990 den Entschluß zur Selbstauflösung.

Auf dem 11. Parteitag der DKP im Mai 1991 legte die Untersuchungskommission „Finanzielle Abhängigkeit“ einen Bericht vor, in dem die völlige finanzielle Abhängigkeit der DKP von der SED bis Ende 1989 festgestellt werden mußte.

Trotz der Betonung der parteilichen Eigenständigkeit bemühte sich die DKP

fortan um enge Zusammenarbeit mit der finanzstarken PDS. Besondere Beziehungen unterhielt man dabei zur „Kommunistischen Plattform der PDS“.

Auch kommunistische Vorfeldorganisationen, wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA), hatten unter Mitgliederschwund zu leiden. Die Zahl der Aktiven in der DKP-dominierten VVN-BdA sank 1990 um 3.000 auf unter 11.000, 1992 auf 9.000, 1994 auf 8.500. Der 1989 eingesetzte „Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus“, in dem VVN-BdA und DKP über eine dominierende Stellung verfügten, zerbrach

1990 während einer bundesweiten „Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus“.

Der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ verringerte sich 1994 auf ca. 250 Mitglieder. Zahlreiche BWK-Mitglieder suchten, wie andere K-Gruppen-Vertreter, fortan die Nähe zur neuen sozialistischen Großpartei PDS, kandidierten auf „offenen Listen“ der PDS oder traten gar in die Partei ein.

Im Mai 1991 erklärte die seit den sechziger Jahren bestehende Hochschulka-dervereinigung „Marxistische Gruppe“ (MG) offiziell ihre Auflösung, um der Überwachung durch Staatsschutzbehörden zu entgehen.

Haß, Aggressionsschub, die große Wut

Die radikale Konsequenz aus dem „großen Frust“ der deutschen politischen Linken nach dem Scheitern des kommunistischen Experiments in Osteuropa war die Wendung in Aggression gegen ein Feindobjekt. Je weniger kritische Selbstana-lyse gefragt war, umso mehr mußten Wut und Haß gegen „äußere Feinde“ abge-leitet werden. Hierbei bot sich die Aufnahme des Kampfes gegen „Nazis“, „Fa- schismus“, „Rechtsextremismus“, „gegen Rechts“ überhaupt, an.

Der Kampf gegen einige jugendliche Neo-Nationalsozialisten oder angebliche „Rechtsextremisten“ im konservativen Spektrum änderte zwar kurzfristig nichts mehr an den Produktionsverhältnissen, schuf aber zuerst einmal seelische Ge-nugtuung angesichts der für den einzelnen Akteur direkt erkennbaren Auswir-kungen seiner Bemühungen um Repression, brachte Anerkennung von seiten der gemäßigten, etablierten Linken in Politik und Medien ein und ließ sich kultur- kämpferisch geschickt zum Einsatz „gegen Rechts“, also gegen Widerspruch aus dem gesamten national-konservativen Lager, ausweiten.

Es bildeten sich zahlreiche Vereinigungen im Spektrum des „aggressiven Antifaschismus“, also der in den 70er und 80er Jahren entstandenen radikalisierten Linken, deren vorrangiges Ziel der „Antifaschismus“-Kampf zur Ausschaltung politisch mißliebiger Konkurrenten aus dem Lager der politischen Rechten dar-stellte.

Nachdem bereits 1983 rund 700 „autonome“ Gruppen in Westdeutschland ge-zählt wurden, begannen sich diese hordenähnlichen Zusammenschlüsse etwa ab

1990 zu organisieren und Synergien zu entwickeln.

Bereits 1990 schlossen sich verschiedene Gruppen aus der niedergehenden „autonomen“ Bewegung Südniedersachsens zum legalen Konzept der Göttinger „Autonomen Antifa (M)“ zusammen. Die „Autonome Antifa (M)“ bereitete die 1992 erfolgte Gründung des Dachverbandes „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) vor. 1993 folgte als spezifische Jugendgruppe die

„Antifaschistische Jugend/Bundesweiter Zusammenschluß“ (AJ/BZ). Auch andere Vereinigungen, wie die 1986 in Berlin gegründete „Antifa Jugendfront“ (AJF) oder die trotzkistisch orientierte „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE), bemühten sich um die Einbindung von Nachwuchszielgruppen.

Die geschwächten und auf den harten Kern an Mitgliedern reduzierten Gruppierungen der traditionellen Linken bauten schließlich jegliche Berührungsschwellen ab und paktierten, wie beispielsweise die DKP, fortan offen mit „Autonomen“ und deren „Antifa“-Aktiven.

Die extremsten Kräfte der politischen Linken gaben sich nicht mit „antifaschistischen“ Langzeitstrategien gegen einige vermeintliche „Rechtsextremisten“ zufrieden, sondern wandelten ihre Wut gegen das Establishment und gegen die angeblich anwachsende Welle der „Nazis“ in radikaler Übersteigerung alter 68er-Positionen zu einem an Einseitigkeit kaum mehr zu überbietenden Haß gegen die deutsche Nation in toto aus. Aus „Antifaschisten“ wurde „Antideutsche“.

Das erlebte kurz nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes bereits eine Hochphase. Im Januar 1990 fand das erste öffentliche Treffen der Gruppierung der „Radikalen Linken“ in Köln statt. Hierbei wurde dafür plädiert, jeglichen Patriotismus abzulehnen und die Teilung Deutschlands zu propagieren. Die „Hegepläne des bundesdeutschen Imperialismus“ sollten durch die Verweigerung eines Selbstbestimmungsrechts für die deutsche Nation durchkreuzt werden.¹ Parolen wie „Deutschland verrecke!“ oder „Deutschland, halt's Maul!“ drückten die haßerfüllte Stimmung nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes aus.

Eine beliebte „autonome“ Parole im weiteren Verlauf der neunziger Jahre lautete folglich: „Die Lehre aus Auschwitz kann nur heißen: Nie wieder Deutschland!“²

Gerade in KB-Kreisen wurde immer ein aggressiver Antinationalismus gepflegt, der die Auffassung vertrat, die Linke müsse den Haß auf die eigene Nation schüren, den deutschen Staat bekämpfen und das deutsche Volk in einer „multikulturellen Gesellschaft“ auflösen, da sich in Deutschland alle Übel der Welt vereinten: „Im Monatsblatt ‚konkret‘ (Auflage mehr als 40.000), das als Sprachrohr von KB-Funktionären genutzt wird, pflichten die Herausgeber diesen ‚antinationalen Ausfällen‘ bei: ‚Die Deutschen sind ein schlimmes Gesindel, besonders die Bewohner der fünf neuen Länder haben mit ihren Montagsdemonstrationen gezeigt, daß sie ihre westlichen Brüder und Schwestern noch an Dummheit, Feigheit, Raffgier, Fremdenhaß und Chauvinismus übertreffen.‘“³

Deutscher Patriotismus stieß bei „aggressiven Antifaschisten“ also in der Regel auf radikale Ablehnung. Man definierte sich als „antinational“ und „anti-deutsch“. Nation und nationale Identität wurden aus verschiedenen Gründen aufgrund ihrer angeblich negativen Wertigkeit verworfen:

1. aus ideologischen Gründen, da im Bekenntnis zur Nation ein Ablenkungsmanöver zur Verhinderung revolutionärer (Klassen-)Kämpfe zu sehen sei,
2. aus irrationaler, emotionaler Deutschfeindlichkeit, die sich aus der Traumatisierung durch die Verbrechen der NS-Zeit speiste,
3. und aus Gleichsetzung der deutschen Nation mit verschiedensten gesellschaftlichen Mißständen und privaten Zwängen, denen man sich ausgesetzt fühlte.

Und die „Antideutschen“ fanden in ihrem „antifaschistischen“ Engagement immer wieder Sympathisanten bei etablierten Politikern und Aktiven in SPD, Gewerkschaften und Kirchen, vor allem aber bei den „Grünen“ sowie selbstverständlich der PDS.⁴ Sie trafen auf viel Verständnis im von der deutschen Bevölkerung enttäuschten und frustrierten Spektrum der radikalen und etablierten Linken. Eine schwarz-weiß-gestrickte (durchaus „rassistisch“ zu deklarierende) „Deutschfeindlichkeit“ war bereits seit längerem von links in den öffentlichen Diskurs getragen worden und konnte von kritischen Beobachtern der Szene anhand zahlreicher spezifischer Vorgänge und Äußerungen belegt werden.

1990 berichtete beispielsweise die Ausgabe 8 des „Spiegels“, daß die „grünen“ Bundestagsabgeordneten Sieglinde Frieß (30), die bereits die Streichung des Wortes „Deutsches Volk“ aus dem Grundgesetz gefordert hatte, und Tay Eich (34) die Vorbereitungen zu einer Großdemonstration „für die Zweistaatlichkeit der Bundesrepublik und der DDR“ koordinierten. An der Veranstaltung waren Mitglieder von DKP und „aggressive Antifaschisten“ beteiligt. Buttons mit dem Aufdruck „Kein Viertes Reich“ wurden geprägt, Aufkleber mit der Aufschrift „Wider Vereinigung“ in Umlauf gebracht.

Auch die Hamburger „Grüne Alternative Liste“ (GAL) verfaßte zu dieser Zeit einen Rundbrief gegen die Wiedervereinigung.

An der „Demonstration gegen deutschen Nationalismus, gegen die Kolonisierung des Ostens und die Annexion der DDR“ im Mai 1990 in Frankfurt beteiligten sich 7.000 Teilnehmer. Teile der „Grünen“ und der DKP, diverse kommunistische Gruppierungen sowie gewaltbereite „Autonome“ trugen die Veranstaltung. Nach der Demonstration zogen 150 verummte Gewalttäter durch die Frankfurter Innenstadt und lieferten der Polizei eine Steineschlacht.⁵

Zu den Unterstützern einer Demonstration des Bündnisses „3. Oktober – es gibt nichts zu feiern“ gehörte 1995 neben gewaltbereiten „Autonomen“ und diversen „Antifa“-Gruppen auch die PDS.

Im Oktober 2001 meldete der thüringische PDS-Landtagsabgeordnete Steffen Dittes eine Demonstration unter dem Titel „Es gibt tausend Gründe, Deutschland zu hassen“ an.⁶

Die praktische Folge der „großen Wut“ war eine gesteigerte Gewaltbereitschaft, vor allem durch Gruppen junger „Autonome“, also von Anhängern jenes emotionalen, diffusen Anarcho-Kommunismus, die sich in mehr oder minder geschlossenen Ortsgruppen organisierten, um anonym Attentate gegen Einzelobjekte und -personen (sogenannte „klandestine militante Aktionen“) sowie Straßenrandale (sogenannte „spontane Massenmilitanz“) zu veranstalten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz registrierte Anfang der neunziger Jahre eine kontinuierliche Zunahme der Zahl der Gewalttaten, bei denen ein „linksextremistischer“ Hintergrund nahegelegt oder bewiesen wurde.

Oft entlud sich die große Wut in Gruppen-Gewaltakten, zum Beispiel alljährlich am 1. Mai in Berlin-Kreuzberg, wenn „autonome“ Jugendliche durch das Werfen von Pflastersteinen und Abschießen von Feuerwerkskörpern Polizisten verletzten, Autos und Möbel in Brand steckten sowie Geschäfte plünderten. Unter anderem wurden bei den Krawallen 1995 99 Polizisten verletzt. Bei derartigen Ausschreitungen und Aktionen bediente man sich gelegentlich gewaltberei-

ter Ausländer-Gangs, die nur auf die Gelegenheit gewartet hatten, im Schatten scheinbarer politischer Legitimation ihr Aggressionspotential ausleben zu können. Selbst Teile der „Autonomen“ kritisierten derart emotional aufgeputschte türkische Randalierer als „Brutalos“.⁷

Da es durch das politische Kräfteverhältnis unmöglich war, eine Stimmung von Anarchie und Chaos in die Gesamtgesellschaft zu tragen, blieben vor allem ausgesuchte, politisch „rechts“ verortete Menschen Opfer der haßerfüllten Gewalt von links. Beispielsweise die Zelle „Antifa jetzt“ forderte im Sommer 1992 die noch verbliebene RAF auf, „relativ wenige politisch klar bestimmte einflußreiche Nazi-Führer“ auszuschalten, um ein „Vakuum in den Faschostrukturen“ entstehen zu lassen. Die Wirklichkeitsverzerrung in der gesellschaftlichen Wahrnehmung war bei der RAF allerdings nicht derart vorangeschritten, daß man in diesem Spektrum glaubte, durch die Verletzung oder gar Ermordung einiger Politiker rechtsgerichteter Kleinstorganisationen gesellschaftlich relevante Veränderungen erreichen zu können. Und so blieb jenes harte Handwerk der Gewalt den Mitgliedern „aggressiv-antifaschistischer“ Splittergruppen überlassen.

Da wurden dann regelmäßig Andersdenkenden von rechts die Autoreifen platt-gestochen oder gar der ganze PKW in Brand gesetzt. Da wurde in ihre Wohnun- gen eingebrochen. Da wurden Wahlplakate und Wahlkampfstände der „Republi- kaner“ mutwillig zerstört, rechtsgerichtete Politiker oder Demonstranten zusam- mengeschlagen. Manchmal ging diese Gewalt bis zur bewußten Tötung rechts- gerichteter Menschen.

Die „antifaschistische“ Gewaltapologie hatte sich ab Ende der achtziger Jahre zunehmend radikalisiert. Wurde im Januar 1988 noch in einer Broschüre der „Antifaschistischen Aktion“ aus Göttingen die altbekannte Losung „Kampf dem Faschismus (bedeutet Kampf dem imperialistischen System!)“ oder „Tod Rassis- mus und Faschismus“ propagiert, so endete bereits 1989 ein Flugblatt „autono- mer Antifaschisten“ aus Göttingen mit der Losung „Tod den Faschisten“. Hier fand also ein „Qualitätssprung“ statt, der die Ermordung von Menschen zumin- dest in Betracht zog.

Bundesweit bekannt wurde im April 1992 die Tötung Gerhard Kaindls, eines Politikers der rechtsgerichteten „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, durch Messerstiche in einem Berliner China-Restaurant. Als den Attentätern aus dem Spektrum der türkisch dominierten „Antifa“-Gruppe „Antifasist Genlik“ der Prozeß gemacht wurde, kam es zu einer Welle der Unterstützung der Täter und Verharmlosung der Tat durch das Spektrum der radikalen Linken und durch die linksliberale Presse. Der Tod des „Faschisten“ wurde als im Rahmen des Vertret- baren liegender Kollateralschaden dargestellt und gerechtfertigt. Auch hieran konnte man erkennen, daß die zunehmende Verinnerlichung der „antifaschisti- schen“ Propaganda zu einer Steigerung des Aggressionspotentials und der Ge- waltbereitschaft geführt hat. Zahlreiche Delikte, bei denen Anhänger der politi- schen Rechten von Aktivisten des „aggressiven Antifaschismus“ schwer verletzt oder gar getötet wurden, sollten im Verlauf der 90er Jahre folgen – alles weitge- hend unbeachtet von den etablierten Medien.⁸

Blieb die Gewalt gegen (vermeintliche) „Rechtsextremisten“ oder „Nazis“ (oft in Ermangelung von örtlicher Anwesenheit derselben) aus, so wurde das Aggres- sionspotential an diversen Ersatzobjekten ausgelassen – an Autos, Telefonzellen,

Fahrkartenautomaten, Büros von Rechtsanwälten und Immobiliengesellschaften, bei nicht genehmen Kulturveranstaltungen.

„Autonome“ Gewalt erwies sich auch als Produkt der Wohlstandsgesellschaft, als destruktiv-dekadenter Schatten der überreichen Warenwelt.

Machterwerb, Etablierung, die große Kontrolle

Die neunziger Jahre waren aber auch die Jahre des schleichenden Machterwerbs durch die politische Linke. Über kulturelle Hegemonie wurde die schrittweise Etablierung von Positionen der extremen Linken in der Mitte der Gesellschaft vorangetrieben.

Wenn man schon nicht mehr mit der Anziehungskraft der verbrauchten eigenen marxistischen Ideologie werben konnte, versprach der „Antifaschismus“-Kampf immerhin machtpolitische Erfolgsaussichten:

- Der Kampf gegen den „Faschismus/Rechtsextremismus“ rief auch in der west-deutschen Bevölkerung verbreitete Negativ-Assoziationen „gegen Rechts“ aus dem Unterbewußtsein ab, die sich für eine linksgerichtete politische Arbeit nutzen ließen.
- Der Einsatz gegen die „Gefahr von rechts“ bot die Möglichkeit, die politische Linke als Beschützer der Bürger und der angeblich „wehrlosen“ Ausländer in der Not darzustellen. Wenn das Böse „rechts“ verortet wurde, konnte es „links“ ja nicht so arg bestellt sein.
- Der Hinweis auf das verbrecherische Verhalten der „Nazis“ und „Faschisten“ bot die Chance, auf diese Weise die im kommunistischen Namen begangenen Verbrechen vergessen machen zu können.
- Der „antifaschistische“ Kampf diente zudem als Versuch eines Bündnisangebotes an das westdeutsche Polit-Management. Man bot seine Hilfe bei der gemeinsamen Zerschlagung rechtsgerichteter systemkritischer Strukturen an und erhoffte sich dadurch gnädige Behandlung durch die mittlerweile gesamt-deutsch herrschenden „Westparteien“.
- Der „antifaschistische Kampf“ bot bei geschickter Ausdehnung des Kanons der erhobenen Vorwürfe „gegen Rechts“ die Ausgangsbasis für eine Schwächung konservativer Positionen und eine später mögliche Erringung vollständiger kultureller Hegemonie.

Der marxistische Ballast wurde über Bord geschmissen zugunsten der zunehmenden Propagierung einer „multikulturell“ ausgerichteten Einwanderungsgesellschaft, die zum einen die mürrisch beäugte Einrichtung einer „deutschen Nation“ auf biologischem Weg aufzulösen in Aussicht stellte, die zum anderen für die extreme Linke neue revolutionäre Subjekte als Ersatz für die „verbürgerlichte“ Arbeiterschaft versprach, wie für die Großindustrie günstiges, flexibles Arbeitsmaterial. Kommunismus und Kapitalismus hatten ihre Verwandtschaft im Einsatz für „Multikultur“, für Einwanderung und in der Bekämpfung von deren Gegnern als „Rechtsextreme“ gefunden. Was dem einen die „internationale Solidarität“, war dem anderen seine „Globalisierung“, inoffizielle Kooperation nicht ausgeschlossen.

Einher mit der Wiedergewinnung politischen Einflusses durch die radikale politische Linke ging die schrittweise Etablierung der aus der SED 1989/90 hervorgegangenen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS).⁹ Ende Dezember

1989 konstituierte sich die „Kommunistische Plattform der SED-PDS“ in Buckow bei Berlin.

Die „Westexpansion“ der PDS bereitete 1990 der in den 70er Jahren durch seine RAF-apologetische Haltung aufgefallene und 1993 wegen geheimdienstlicher Stasi-Tätigkeit verurteilte Rechtsanwalt Claus Croissant mit Gesinnungsfreunden vor.¹⁰

Im Juli 1990 diskutierten 400 Vertreter der radikalen Linken auf einem Kongreß in Köln Möglichkeiten einer Gemeinschaftswahlliste mit der PDS.¹¹ Im August meldete sich die „Linke Liste/PDS“ zur Bundestagswahl an. Mit dabei zahlreiche antistalinistisch ausgerichtete sozialistische Reformkräfte. Die westlichen Landesverbände wurden wesentlich von ehemaligen Funktionären diverser Organisationen der äußersten politischen Linken dominiert. Bei den Wahlen zum

12. Deutschen Bundestag im Dezember 1990 erreichte die „Linke Liste/PDS“ 2,4 Prozent der Stimmen. Da die 5-Prozent-Sperrklausel für die westlichen und östlichen Bundesländer getrennt gewertet wurde, erhielt das Wahlbündnis 17 Bundestagsmandate. Seitdem war die PDS fester Bestandteil der deutschen Parteienlandschaft.

Der Weg der Etablierung der PDS führte über die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt, über die Beteiligung an einer Koalitionsregierung in Mecklenburg-Vorpommern bis zur Wowerit-Gysi-Koalition in Berlin vom Januar 2002, einem nationalen Medienereignis. Überhaupt hat die ständige Medienpräsenz, vor allem von Talkshow-Dauergast Gregor Gysi, 1989 bis 1993

PDS-Parteichef, zur langsamen Akzeptanz der PDS in der Öffentlichkeit beigetragen. Ganz im Gegensatz zur medialen Ausgrenzung rechtsgerichteter Positionen aus dem öffentlichen Diskurs fand das Projekt der bundesweiten PDS schon lange Sympathien auch im West-Establishment.

Als die „Jungsozialisten“ an der Frankfurter Universität am 5. 8. 1990 den PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Zukunft des Sozialismus – Sozialismus ohne Zukunft?“ einluden, zogen sie sich noch Ärger aus ihrer Mutterpartei zu.¹² Knapp zwei Wochen später war Gysi dagegen bereits Gast des SPD-nahen Montagsclubs in Bonn-Bad Godesberg. Eine beispielhafte Fernseh-Karriere begann.

Die Jahre 1990 bis 2000 waren geprägt durch mehrere große „antifaschistisch“ motivierte Kampagnen gegen „Rechtsextremismus“, die von breiten Teilen der Bevölkerung und Medienöffentlichkeit weitgehend unkritisch übernommen wurden. Obwohl diese Kampagnen natürlich keinen exklusiven bzw. durchgehend

„linksextremen“ Charakter aufwiesen, sondern eine Angelegenheit von Normalbürgern und staatstragenden Schichten wurden, waren an ihrer aktionistischen Gestaltung und medialen Instrumentalisierung zahlreiche Akteure aus dem Spektrum der radikalen Linken beteiligt.

Die Etablierung radikal-linker Positionen in den bundesdeutschen Mainstream wurde mitgetragen durch mehrere dieser großen Kampagnen, die dazu dienten, die Akzeptanz für die eigenen Denkstereotypen in der Bevölkerung und bei potentiellen Bündnispartnern auszuloten, eine Polarisierung der politi-

schen Auseinandersetzung voranzutreiben, die eigenen Anhänger zu mobilisieren, politische Gegner einzuschüchtern und – gemäß der Noelle-Neumannschen „Schweigespirale“-Mechanismen – zum Verstummen zu bringen. Manipulativ wurde das Engagement gegen Straftaten fremdenfeindlich orientierter Jugendlicher mit dem ideologischen Einsatz gegen legale und legitime rechtsgerichtete Gedanken und Meinungsäußerungen verbunden. Manipulativ wurden konservative Politiker, Intellektuelle, Burschenschafter, Dark-Wave-Musiker, Esoteriker mit neo-nationalsozialistischen Straftätern publizistisch auf eine Stufe gestellt. Alles nur, um das rechtsgerichtete politische Lager in permanente Rechtfertigungszwänge zu versetzen und mit Artikulationstabus zu belegen, also um eine praktische politische Arbeit aus diesem Spektrum unmöglich zu machen. Schließlich sollte die eigene linksgerichtete Haltung nach den jeweiligen Kampagnen gesellschaftlich gestärkt positioniert erscheinen, zudem das finanzielle Polster der eigenen Gruppierungen und zahlreicher Sympathisanten-Initiativen des „Antifa“-Spektrums durch die mildtätigen Gaben des Staates und aus der Bevölkerung für den schweren Kampf gegen die „braune Flut“ kräftig aufgestockt werden. Bis der nächste Kampagnenschub strategisch möglich und günstig erschien.

Hier spielte die PDS die Vorreiterrolle. Als Fanal für das Bestreben, von der Phase der Rechtfertigung nach dem SED-Zusammenbruch wieder in den politischen Angriff überzugehen, diente die Schändung des sowjetischen Ehrenmales in Treptow, gegen die am 3. Januar 1990 150.000 Menschen demonstrierten. Zur Kundgebung vom 3. 1. 1990 meinte eine Autorin der Wochenzeitung

„Junge Freiheit“ skeptisch zurückblickend: „Die Fernsehübertragung verschaffte den Zuschauern eine erste Erfahrung mit Gregor Gysi, dem damals neuen SED/PDS-Chef. Er war der Star des Abends, der Hauptredner. Mit lockender, schmeichelnder, drohender, überschnappender Stimme warnte er vor Faschismus und brauner Gefahr in Deutschland. Die Hakenkreuze am sowjetischen Ehrenmal ließen nur eine einzige Möglichkeit zu: ‚Wir brauchen ein Amt für Nationale Sicherheit!‘ Der Ruf ‚Einheitsfront!‘ kam auf, setzte sich fort, erfüllte die Masse, vereinte sie zur antifaschistischen Volksgemeinschaft. Neben Gysi stand Manfred Gerlach, der amtierende Staatsratsvorsitzende und Chef der DDR-Liberaldemokraten, die kurz darauf in die FDP einflossen. Ein sogenannter Bürgerlicher also und genauso ratlos und feige wie die CDU-Führung im Herbst 2000.“¹³

Nach mehreren fremdenfeindlich motivierten Ausschreitungen in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen kam es 1992/93 zur sogenannten „Lichterketten“-Bewegung, bei der Vertreter etablierter Parteien und gesellschaftlicher Institutionen, Mitglieder des Showbusiness-Betriebs und Anhänger der extremen Linken die bislang größte „antifaschistisch“ motivierte Massenbewegung der Bundesrepublik förderten und trugen.

Hunderttausende Bürger gingen in Folge einer massiven Medienkampagne vor allem in der Weihnachtszeit 1992 mit Kerzen auf die Straße, um ihr Bekenntnis

„gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ öffentlich zu machen. Durch begleitende Anprangerungskampagnen in Großmedien wurden rechtsgerichtete Politiker, Journalisten und Intellektuelle als „geistige Brandstifter“ kriminalisiert, rechtsgerichtete Positionen nach Umfragen in der Bevölkerung auf

Jahre hinweg geschwächt, was der Etablierung linksorientierter Ideeninhalte in der Mehrheitskultur zugute kam.¹⁴

Die „Lichterketten“-Bewegung fand ihre Neuauflage in der „Augustkampagne 2000“, in dessen Gefolge Bundeskanzler Gerhard Schröder zu einem „Aufstand der Anständigen“ gegen „Rechts“ aufrief. Aufhänger zu der Kampagne war ein anonymer Rohrbombenanschlag in Düsseldorf am 27. 2. 2000, bei dem mehrere Sprachschüler verletzt wurden. Obwohl die Täter nicht ermittelt werden konnten, brachten Politiker und Medien die Tat sehr schnell in Verbindung zu „Rechtsex- tremisten“. Es folgte eine weitere Kampagne, die erneut in zahlreiche Selbstdar- stellungsversuche von Politikern, Showbusiness- Prominenten und Bürgern durch Bekenntnisse „gegen Rechts“ mündete. Wieder beteiligten sich Vertreter der ra- dikalen Linken an der Kampagne. Der weitere Weg führte zu Repressionsforde- rungen, Hausdurchsuchungen und Kontenkündigungen gegen rechtsgerichtete Kreise sowie schließlich zum heftig umstrittenen NPD-Verbotsverfahren. Die Kampagne endete erst, als die Hysterie in den Medienskandal des angeblich von „Neonazis“ im Schwimmbad öffentlich ermordeten sechsjährigen Joseph Kantalberg-Abdulla mündete, ausgelöst durch Behauptungen seiner Mutter, einer Sebnitzer SPD-Stadtverordneten. Die Kampagne um die angeblich wachsende „Gefahr von Rechts“ war fortan nicht mehr haltbar.

Das „Institut für Staatspolitik“ kam in seiner Untersuchung zum „Aufstand der Anständigen“ zu folgender Einschätzung: „Das linksliberale Lager hat die laufende Kampagne ‚gegen Rechts‘ genutzt, um sein Wertesystem, das auf einem multiethnischen Gesellschaftsbegriff fußt, weitgehend verbindlich zu machen. (...) Daß der Kampf gegen den Rechtsextremismus vor allem eine edukatorische Kampagne ist, mit der die Deutschen auf die definitive Umwandlung Deutsch- lands in ein Einwanderungsland vorbereitet werden sollen, zeigt bereits der Um- stand, daß eine politisch legitimierte Position, die auf einem homogenen Gesell- schaftsbegriff fußt, inzwischen nicht mehr vertreten werden kann, ohne in den Geruch des ‚Rassismus‘ zu geraten. Wer öffentlich gegen eine multiethnische Gesellschaft auf deutschem Boden Stellung bezieht und für eine homogene Ge- sellschaft eintritt, läuft Gefahr, als ‚Rassist‘ oder Stichwortgeber für rechtsex- treme Gewalttäter denunziert zu werden. (...) Der Kampfbegriff ‚Extremismus der Mitte‘ zeigt bereits an, daß es um eine Revolutionierung der gesamten deut- schen Gesellschaft geht. Die heutigen Propagandisten eines ‚modernisierten Deutschlands‘ glauben, den Zustand größtmöglicher menschlicher Freiheit durch Anwendung von Zwangsmitteln erreichen zu können, die gegen diejenigen ge- richtet sind, die sich weigern, ‚tolerant‘ und ‚weltoffen‘ im Sinne der Aufge- klärten zu sein.“¹⁵

Nicht nur während der „antifaschistischen“ Großkampagnen, sondern auch bei vielen kleinen Veranstaltungen zeigte sich, daß es zwischen der extremen Linken und weiten Teilen von Sozialdemokratie, „Grünen“, Gewerkschaften, Kirchen und Medien im Verlauf der 90er Jahre kaum noch Berührungsschwellen bei gemeinsamen politischen Projekten gab. Bundestagsabgeordnete wie Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) oder Ulla Jelpke (PDS), eine ehemalige KB-Aktivistin, engagierten sich in großem Umfang „antifaschistisch“ und beteiligten sich an gemeinsamen Demonstrationen mit „autonomen“ Gruppierungen.

Auch die CDU war gelegentlich aus machtpolitischen und opportunistischen Beweggründen an „antifaschistisch“ orientierten Kampagnen beteiligt, ohne allerdings die gesellschaftlich tiefer gehenden Konsequenzen ausreichend zu reflektieren.

Unterstützt wurden die Hegemonialbestrebungen der extremen Linken durch eine weitverzweigte spezifische Presselandschaft.

Mit dem ehemaligen SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und der ehemaligen FDJ-Zeitung „Junge Welt“ verfügte die PDS über zwei ihr nahestehende Tageszeitungen.

Zahlreiche der Organisationen der radikalen Linken verfügten zudem über eigene Presseorgane, zum Beispiel die DKP über die Wochenzeitung „unsere zeit“, die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) über die Wochenzeitung „Rote Fahne“.

Die Wochenzeitung „Jungle World“ entstand 1997 durch Abspaltung „autonom“ und „antideutsch“ ausgerichteter Journalisten von der „Jungen Welt“. Die „Jungle World“ bot zahlreichen Autoren des „Antifaschistischen Milieus“ ein ständiges Artikulationsforum und diente als öffentlichkeitswirksames Medium dieses Spektrums.

Neben einer Fülle „autonom“ Regionalzeitschriften, unter denen das 14täglich erscheinende Berliner Blatt „Interim“ mit dem Abdruck zahlreicher terroristischer Bekenner schreiben Vorreiterfunktion übernahm, konnten sich zahlreiche Zeitschriften des „aggressiven Antifaschismus“, deren einzige Aufgabe in der Überwachung und Behinderung von rechtsgerichteten Aktivitäten lag, öffentlichkeitswirksam positionieren.

Zu diesen Publikationen mit bundesweiter Beachtung konnte man das bereits 1984 erstmals erschienene BWK-Blatt „Antifaschistische Nachrichten“, das 1987 aus der Berliner Hausbesetzer- und „Autonomen“-Szene entstandene „Antifaschistische Info-Blatt“, vor allem aber die 1989 aus dem Umfeld radikaler VVN/BdA-Aktivistinnen entwickelte aufwendige Zweimonatsschrift „Der Rechte Rand“ zählen.

All diese Bestrebungen nach Macht besitzen ihre eigene Logik: Wenn man schon keine in sich geschlossene eigene Utopie mehr vertreten kann, ist es immerhin möglich, in einen schwammigen „multikulturell“ intonierten Moralismus allerlei gesellschaftliche Wunschprojektionen zu legen. Wenn schon kein Einsatz für ein fest umrissenes Ideal mehr möglich erscheint, dann soll zumindest auch einer politischen Konkurrenz keine Möglichkeit zur Formulierung eigener Ideen zugestanden werden. Vielleicht – so mag der Gedanke einiger lauten – lohnte es sich ja, geistige Konkurrenz so lange von den Futtertrögen der Macht fernzuhalten, bis sich die marxistische Ideologie in neuer Variante wieder auftauen lasse.

Resümee

In der Zeitung „Junge Freiheit“ vom 29. 4. 1994 meinte der Publizist Roland Büchik bereits:

„Vor unseren Augen spielt sich nichts anderes ab als der Versuch, den illiberalen ‚Antifaschismus‘ der Radikalen von links, der früher zum guten Teil Freizeit-

spaß gesellschaftlicher Randgruppen war, zum konstitutiven Selbstverständnis unseres Staates zu erheben.“

Längst ist das Gedankengut des im Spektrum der radikalen Linken entwickelten „Antifaschismus“ in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Heute wird das Luxemburg-Liebnecht-Gedenken der SED vom Gesamtberliner Senat übernommen und ein zentrales Denkmal zur Ehrung der Kommunistin Rosa Luxemburg erstellt.

In den 90er Jahren war die baden-württembergische Familienministerin Brigitte Unger-Soyka (SPD) bekanntermaßen jahrelang aktiv in der VVN, ohne deshalb negative Konsequenzen für ihre politische Position fürchten zu müssen. Auch andere hohe politische Funktionäre wie der Staatssekretär im baden-württembergischen Sozialministerium Werner Weinmann und der DGB-Landeschef Siegfried Pommerenke wurden in keiner Weise wegen ihrer VVN-Tätigkeiten belangt. Diese orthodox-marxistisch ausgerichtete Vorfeldorganisation hatte noch in den 50er und 60er Jahren mit Verbotsbemühungen der Bundesregierung und Abgrenzungsbeschlüssen der SPD zu kämpfen. Heute bekleiden VVN-Mitglieder dagegen hohe Funktionen im Staatsapparat.

Heute bewirbt sich die langjährige Leiterin des „Hessischen Rundfunks“ Luc Jochimsen auf einer PDS-Liste für den Bundestag und gibt dadurch Rückschlüsse auf die langjährige Rundfunkpolitik in Westdeutschland Nahrung.

Ähnliche Rückschlüsse erlaubt der Bereich des „antifaschistischen“ Anprangerungsjournalismus gegen vermeintliche „Rechtsextreme“: Zur – bereits Ende der 70er Jahre vor allem beim „Kommunistischen Bund“ (KB) entwickelten – Strategie „aggressiver Antifaschisten“ gehörte nämlich das Erstellen und Veröffentlichung steckbriefartiger Flugblätter und Publikationen mit Fotografien und Adressen ortsansässiger rechtsgerichteter Persönlichkeiten. Hierdurch würden „Faschisten“ erkennbar, beobachtbar und angreifbar gemacht. Heute werden über sogenannte Antifa-Telefone und Infoläden mehr denn je Informationen zu „faschistischen“ Organisationen und einzelnen Personen gesammelt und publizistisch veröffentlicht. „Antifaschistisch“ ausgerichtete Magazine titeln „Nazis erkannt!“ und fordern zum Zuschicken von Fotografien mit den Abbildern von ihnen gesuchter „Rechtsextremisten“ auf. Es wird dabei Wert darauf gelegt, die privaten Verbindungen dieser Menschen, ihre Begegnungsstätten, ihre Wohnungen, Büros, Fahrzeuge genauestens zu kennen, damit diesen „die Ruhe genommen“ werde. Persönliche Daten, Telefonnummern, Autokennzeichen, Reiseziele, Familienstand und -verhältnisse, Kleidung, selbst geschätzte Alters- und Größenangaben von „Faschisten“ oder anderen angeblichen Gegnern des „Antifaschismus“ werden öffentlich in der „antifaschistischen“ Szene publiziert. Steckbriefe gelten, neben der sozialen Isolierung von Menschen bei Nachbarn und Arbeitgebern, auch als logistische Voraussetzung für spätere Gewaltaktionen und Straftaten der „Autonomen“.

Mittlerweile führte der Weg über negativ wertend auflistende „Anprangerungslexika“ aus linksgerichteten Verlagen, wie Jens Mecklenburgs „Handbuch des deutschen Rechtsextremismus“, bis zu Internet-Homepages, die vor allem der öffentlichen Auflistung neonationalsozialistischer Kräfte und zugleich (eine besonders perfide Nebeneinanderstellung) konservativ ausgerichteter Intellektueller in einem gemeinsamen negativen Kontext dienen. Beispielsweise

am Internet-„Informationsdienst gegen Rechtsextremismus“ (IDGR), herausgegeben von Margret Chatwin, der vor allem der Anprangerung unliebsamer rechtsstehender Persönlichkeiten dient, wirken verschiedene Autoren mit Zugang zu bedeutenden Institutionen und Medien mit: der Anprangerungs-Journalist Gernot Modery (Pseudonym „Anton Maegerle“), der außer in Blättern des radikallinksgerichteten Spektrums wie „Konkret“, „Der Rechte Rand“, „Junge Welt“ auch in etablierten Medien wie der „Frankfurter Rundschau“, der Berliner „tageszeitung“ oder dem „Stern“ regelmäßig Texte gegen angeblichen „Rechtsextremismus“ publizieren kann. Gelegentlich mit Co-Autor Friedrich Paul Heller, der ebenfalls für den IDGR schreibt. Oder Uwe Ruprecht, journalistisch tätig beim „Norddeutschen Rundfunk“, bei der „Zeit“ oder dem „Hamburger Abendblatt“. Oder Julika Bürgin, Bildungsreferentin beim DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. Oder Hans-Günter Richardi, Redakteur bei der „Süddeutschen Zeitung“ ...

Anprangerungspublikationen wie der „IDGR“ sind nur Belege dafür, daß politische Praktiken und Inhalte, die einst im Spektrum der radikalen Linken entwickelt wurden, in der Gegenwart Elemente des politischen und journalistischen Establishments geworden sind. Was einst am „linken Rand“ entstand, wirkt heute

– schrittweise modernisiert und den Zeitumständen angepaßt – aus der Mitte der Gesellschaft.¹⁶

Die etabliert-bürgerlichen Kräfte in Politik und Medien stellen dieser Entwicklung keine entschiedene Gegenwehr mehr entgegen, haben längst die Begrifflichkeiten ihrer politischen Gegner übernommen, demonstrieren gegen den eigenen Handlungsspielraum, ohne es zu merken, und bedienen allenfalls eine marginale Rolle als konsternierte Zuträger geschickt inszenierter „Antifa“-Kampagnen.

Die Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien hat bereits eingesetzt, solange sich das (sogar durch den Bundeskanzler scheinbar legitimierte) Handeln wider das Gesetz nur „antifaschistisch“ begründen läßt. Wenn „rechtsextrem“ gleich „rechts“ ist und auf dieser Seite das weltgeschichtlich Böse verortet werden kann, kann, was von „links“ kommt, nur menschlichen Segen bedeuten. Die politischen Bilder sind wieder einfacher geworden am Anfang des 21. Jahrhunderts, der christliche Dualismus hat im „antifaschistischen“ Schwarzweißdenken seine Auferstehung erfahren.

Ein etablierter Linker aus den Institutionen der Macht steht jederzeit bereit, wenn es darum geht, jugendliche Aktivisten aus der radikalen Linken gegen allzu gründliche Untersuchung ihrer Ordnungswidrigkeiten und Straftaten in Schutz zu nehmen.

Beispielsweise als 1995 von der Generalbundesanwaltschaft Celle Anklage gegen Göttinger „Autonome“ wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) erhoben wurde, erklärte die niedersächsische Justizministerin Altmeyer es als unangemessen, mit dem „Knüppel des Paragraphen 129“ auszuholen.

Ein anderes Beispiel: 2002 versandte die Frankfurter Polizei Gebührenbescheide an die Adresse von „Antifa“-Demonstranten, die am 1. Mai des Vorjahres in der Mainmetropole eine Sitzblockade gegen eine rechtsgerichtete Demonstration durchgeführt hatten. Die Rechnung belief sich auf 56 Euro und bezog sich auf den „Transport und die Ingewahrsamnahme“ von zwölf Protestlern, die

Platzverweise nicht befolgt hatten. Der kommunale SPD-Fraktionsgeschäftsführer Klaus Oesterling sprach nach Bekanntwerden des Vorgangs von einem „starken Stück“ und forderte, Magistrat und Landesregierung mögen über die Aufhebung der Kostenbescheide verhandeln. Immerhin habe SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ aufgerufen. Da könne man Bürger nicht dafür bestrafen, daß sie diese Vorgabe befolgten. Die CDU verhielt sich zu dieser Forderung zurückhaltend. CDU-Fraktionschef Uwe Becker mutmaßte zwar, die Demonstranten hätten mehr „als nur Zivilcourage“ gezeigt. Mit Rücksicht auf den sozialdemokratischen Koalitionspartner riet er allerdings den Betroffenen dazu, Widerspruch einzulegen.¹⁷

Dieses Verhalten mag verständlich erscheinen anhand eventueller biographischer Erlebnisse bestimmter Sympathisanten, war man in seiner eigenen Jugend doch oft selbst im Demonstrieren und Steineschmeißen geübt, bevor man älter und zum Establishment wurde. Verständlich vielleicht auch aus machtpolitischen Erwägungen, greifen die „Antifa“-Kids doch zu ihren drastischen Maßnahmen vor allem gegen jene, die sich anschicken, auf Wahlzetteln oder in Publikationen die errungene soziale Position des Establishments streitig zu machen. Die „Anti-faschisten“ wenden sich also, trotz ihrer staatsfeindlichen Verlautbarungen, primär weniger gegen die Herrschenden (der seit einiger Zeit dominanten 68er-Generation), sondern gegen einige Anhänger einer (ebenfalls oppositionellen) rechtsgerichteten Subkultur mit ohnehin unbedeutenden Einflußmöglichkeiten und nur minimalem Zugang zu Medien und Machtapparat.

Über 55 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs scheint der „antifaschistische“ Kampf „gegen Rechts“ endkampfartige Ausmaße anzunehmen. Die Farce von '68 setzt sich in der gegenwärtigen Farce der Farce fort. Eine riskante Farce, spielt sie doch mit einer Aushebelung rechtsstaatlicher Denkkategorien, die bereits 1968 begonnen hat.

Die Bestrebungen der radikalen Linken sind in die Mitte der Gesellschaft gewandert, wurden in verwässerter Form zu Leitlinien führender Politiker, Kulturschaffender und Journalisten.

Das, was in den Medien als „Kampf gegen Rechts“ proklamiert wird, oft von selbsternannten „Rechtsextremismus“-Experten initiiert, verfolgt im Kern Intentionen, die im Spektrum der radikalen Linken entwickelt wurden. Die Schlagworte von der „Gefahr“ durch „rechte Gewalt“ (während „linke Gewalt“ oder die anderer Gesellschaftsgruppen oft medial unerwähnt bleibt), durch angebliche

„rechte Biedermänner“ in den Parlamenten (während linksgerichtete Politiker bisweilen offen mit „autonomen“ Staatsfeinden und Gewalttätern zusammenarbeiten bzw. diese in Schutz nehmen) und durch „rechte Netzwerke“ im Kulturbereich (obgleich dieser teils von „antifaschistischen“ Leitbildern beherrscht wird) dienen dazu, eine emotionalisierte und halbgebildete Öffentlichkeit in eine politisch erwünschte Richtung zu bewegen. Der „Kampf gegen Rechts“ ist dabei ein mehrheitskompatibles Angebot an Normalbürger, das dazu geeignet ist, konservative und „deutsch-nationale“ Meinungen mit Artikulationstabus zu behaften, Feindbilder „gegen Rechts“ in den Köpfen zu vertiefen und sich selbst als Anbieter humaner gesellschaftlicher Lösungsstrategien darzustellen. Damit einher geht eine behutsame Veränderung der politischen Kultur in Richtung auf eine

„antifaschistisch-volksdemokratische“ Ordnung.

Der „Muff“, den zu vertreiben die 68er-Generation angetreten war, wurde durch neuen „Muff“ ersetzt. Die politische Richtung wird mittels rigider Artikulationstabus zu verteidigen versucht. „Political correctness“, so moralisch integer sie in Teilbereichen auch erscheint, und „antifaschistische“ Anprangerungskampagnen in den Medien können in diesem Zusammenhang von Macht- und geistiger Bestandssicherung interpretiert werden. Die neunziger Jahre werden hinsichtlich der Rechts-Links-Auseinandersetzung möglichenfalls in die Geschichte eingehen als eine Phase verkümmerten Differenzierungsvermögens, des verkürzten öffentlichen Bewußtseins und des Hasses. Die neunziger Jahre sind noch immer nicht vorbei. Wie lange sie dauern, wird die Zukunft zeigen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die tageszeitung, 23. 1. 1990
- 2 Interim, 28. 7. 1994, S. 19
- 3 Andreas Zehnter: Antifaschismus – wozu? Über ein politisches Kampfinstrument der Linken, in: Criticón, 132, 7/9 1992, S. 182
- 4 Zu dieser Erkenntnis kam auch 2001 der Politikwissenschaftler Matthias Mletzko bei seiner Untersuchung „antifaschistisch“ beeinflusster politischer Eskalationsverläufe. Er berichtete dabei über die offene Rechtfertigung von Gruppen der „autonomen Antifa“ durch den „Grünen“-Politiker Christian Ströbele und den „tageszeitung“-Journalisten Eberhard Seidel. (Vgl. Matthias Mletzko: Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen, in: Kriminalistik 8-9/2001 [Teil 1] und 10/2001 [Teil 2])
- 5 Vgl. Bonner Rundschau, 26. 6. 1990
- 6 Vgl. Junge Freiheit, 1. 3. 2002
- 7 1991 berichtete ein „Autonomer“ von einer Demonstration in Hoyerswerda: „Die Demo war zu dem Zeitpunkt etwa 4.000 Menschen stark, wovon $\frac{3}{4}$ dem autonomen Spektrum zuzuordnen waren. Es wäre also kein Problem gewesen, die ca. 200 Bullen vor uns wegzuhauen. Dennoch überwog die Ansicht, daß es Vorrang habe, die Demo durchzusetzen, als sich sofort 'ne Auseinandersetzung mit der Schmiere zu liefern. Nur so 'ne etwas abgedrehte Türken-Gang wollte das wohl nicht wahrhaben und fing an, den Gehweg aufzumeißeln. Lautstarke und teils handfeste Streitereien waren die Folge, peinlich. Diese Gang war vorher schon aufgefallen, als plötzlich ein Fernsteam plattgemacht wurde, obwohl Konsens war, daß eine breite Berichterstattung gewünscht wird. Etwas übermotiviert, die Jungs. Mit üblem Machoverhalten gegenüber einigen Mädchen aus dem Ort stellten sie sich eh schon ins Abseits, da fehlten mir echt die Worte.“ (ZAP, Nr. 42/November 1991, S. 47)
- 8 Zur Kaindl-Tötung und zahlreichen weiteren aufgelisteten Fällen „antifaschistisch“ motivierter Gewalt gegen rechtsgerichtete Menschen vgl. Claus-M. Wolfschlag: Das „antifaschistische Milieu“. Vom „schwarzen Block“ zur „Lichterkette“ – Die politische Repression gegen „Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik, Graz, Stuttgart 2001.
- 9 Zu Geschichte und Programmatik der PDS vgl. Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn, Berlin 1992; vgl. Patrick Moreau, Jürgen Lang: Was will die PDS?, Berlin, Frankfurt 1994; vgl. Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996; vgl. Heinrich Lummer: Das wahre Gesicht der PDS, Hamburg 2001
- 10 Vgl. Der Spiegel, 33/1990
- 11 Vgl. Frankfurter Rundschau, 30. 7. 1990
- 12 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 8. 1990
- 13 Elvira Seidel: Gespenstische Szenerie. Das Urheberrecht am „Aufstand der Anständigen“ liegt bei Gregor Gysi, in: Junge Freiheit, 20. 7. 2001.
Anzumerken sei, daß es sich bei den Sprühpaparen am Treptower Ehrenmal nicht um Hakenkreuze gehandelt hatte. Die Parolen lauteten vielmehr „Besatzer raus“, „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ und „Nationalismus für ein Europa freier Völker“. (Vgl. Hans-Helmuth Knütter: Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B9/91, 22. 2. 1991, S. 22.)
- 14 Vgl. zum Ablauf der „Lichterketten“-Bewegung Claus-M. Wolfschlag: Das „antifaschistische Milieu“. Vom „schwarzen Block“ zur „Lichterkette“ – Die politische Repression gegen „Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik, Graz, Stuttgart 2001
- 15 Institut für Staatspolitik: Der Aufstand der Anständigen. Hintergründe und Erklärungsansätze, Bad Vilbel 2001, S. 36 ff.
- 16 Von ihrer lagereigenen Praxis der Gewalt und sozialen Ausgrenzung versuchen Vertreter der radikalen Linken allerdings des öfteren mit der Betonung ihrer massiven Verfolgung durch „Rechtsextremisten“ oder durch die angebliche „Terrorzone“ der „AntiAntifa“ abzulenken, bzw. sie bemühen sich, die eigene Gewalt als „Widerstand“ zu legitimieren. (Vgl. typisch für die Beschwörung derartiger apokalyptischer Szenarien: V-Leute und Naziterror. Offener Brief von Ulla Jelpke und Ulrich Sander an die von den „Schwarzen Listen“ der Neonazis Betroffenen, in: Junge Welt, 28. 2. 2002.) Der Mythos einer „AntiAntifa“-Terrorzone basierte vor allem auf vergleichsweise wenigen Drohvorgängen aus der Ecke der radikalen Rechten, die bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts in keiner Weise die quantitative und qualitative Intensität der „antifaschistischen“ Betätigungen von links erreichen konnten.
- 17 Vgl. Offenbach-Post, 5. 3. 2002